"DER COURIER"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
If paid in advance:—
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold == Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutschsprechenden Canadier
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Kanada $2.00
für Ausland $3.50

25. Jahrgang. 12 Seiten. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 7. September 1932. 12 Seiten. Nr. 44.

Deutschland fordert nachdrücklich Rüstungsgleichheit

Französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt

Deutscher Reichswehrminister Kurt von Schleicher droht mit Austritt aus der Abrüstungskonferenz und betont, er denke nicht an ein Wettrüsten.

Bruch des Abrüstungsversprechens, das die Alliierten im Versailler Vertrag gegeben haben, wird deutsche Regierung zwingen, das Problem der eigenen nationalen Sicherheit in ihre Hand zu nehmen.

Berlin. — Deutschland hat der französischen Regierung ein Memorandum zugehen lassen, in dem es seinen Standpunkt zur Abrüstungsfrage und seinen Anspruch auf unbedingte Gleichberechtigung auf dem Gebiete des Heeres und der Flotte mit allen anderen Ländern nachdrücklich darlegt. Die anderen Regierungen in London, Rom, Washington usw. sind von dem deutschen Vorgehen in Kenntnis gesetzt worden. Der Schritt kam nach den Erklärungen des früheren Reichskanzlers Dr. Brüning und des jetzigen Reichswehrministers Kurt von Schleicher nicht unerwartet, hat aber dennoch in der ganzen politischen Welt des In- und Auslandes beträchtliches Aufsehen erregt.

Die von Papen-Regierung hat damit einen weiteren Vorstoß gegen die ungerechten Bestimmungen des Versailler Friedensdiktates unternommen und vor aller Welt dokumentiert, daß sie

dem Bruch des von den Alliierten gegebenen Abrüstungsversprechens

nicht länger mehr ruhig zusehen wird. Der deutsche Standpunkt ist ganz einfach der: Entweder rüsten Frankreich, England, die Vereinigten Staaten und die anderen Mächte in dem nämlichen Maße ab, wie man es von Deutschland durch den Versailler Vertrag erzwungen hat, oder Deutschland erhält das Recht, im Interesse seiner von allen Seiten schwer bedrohten Sicherheit seine Rüstungen so auszubauen, daß es sich gegen feindselige Willkürakte seiner Nachbarn schützen kann. Das entspricht dem Prinzip internationaler Gleichberechtigung, das bisher in schändlichster Weise verletzt worden ist.

Nach den von Paris vorliegenden Meldungen konnten sich Ministerpräsident Herriot und seine Ministerkollegen zunächst nicht auf eine klare Antwort einigen. Daher sucht die französische Regierung in London, Rom, Washington usw. vorläufig Ratschläge und Meinungen einzuholen und nach Möglichkeit die anderen Mächte gegen das deutsche Vorgehen zu beeinflussen. Von Warschau wird gemeldet,

die polnische Regierung lehne die deutsche Forderung entschieden ab,

was in Berlin keineswegs überraschte. England nimmt eine vorsichtige und abwartende Haltung ein. Die italienische Regierung scheint mit Deutschland zu sympathisieren und den deutschen Standpunkt zu befürworten.

Sehr weitgehende Beachtung fand eine Unterredung, die der deutsche Reichswehrminister Kurt von Schleicher mit einem Vertreter eines in Bologna erscheinenden italienischen Blattes hatte. Darin betonte von Schleicher, wenn Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung von den anderen Mächten nicht anerkannt werden sollte, werde die deutsche Regierung an der Weltabrüstungskonferenz fernerhin nicht teilnehmen. Es sei einleuchtend, daß ein solches Fernbleiben Deutschlands auch einen schweren Schlag für den Völkerbund bedeuten würde. Dann fuhr der deutsche Reichswehrminister fort:

„Die deutsche Regierung wird dann durch den Bruch des von Alliierten im Versailler Vertrag gegebenen Versprechens gezwungen sein, das Problem der nationalen Sicherheit in die eigene Hand zu nehmen, sollte eine internationale Lösung sich als unmöglich erweisen."

Deutschland wünschte, so bemerkte von Schleicher fernerhin, nicht mehr und nicht weniger als andere Staaten für ihre Sicherheit beanspruchen und

denke nicht an ein Wettrüsten.

Aber es bestehe darauf, daß nach Maßgabe der beschränkten Finanzmittel das Wehrsystem des Reiches in wirksamster Weise ausgebaut werde.

Die deutsche Regierung hat sich nicht über Einzelpunkte ausgelassen, doch sollen nach nichtamtlichen Mitteilungen folgende deutsche Heeres- und Flottenreformen vorgesehen sein:

1) Abschaffung der unbedingten zwölfjährigen Dienstzeit, wie im Versailler Vertrag vorgesehen.

2) Verschmelzung der allgemeinen Wehrpflicht mit einer Art Miliz system.

3) Erhöhung des Bestandes der Reichswehr von 100,000 auf 300,000.

4) Schaffung einer schweren, leichten und Küstenartillerie.

5) Bau von Panzerautos für die deutsche Armee.

6) Einrichtung eines vollständigen militärischen Fliegerkorps.

7) Errichtung einer militärischen Fliegerschule.

8) Ausbau der deutschen Flotte durch Unterseeboote, neue Kreuzer und Flugzeug-Transportschiffe.

9) Bau von Festungsanlagen an den deutschen Grenzen.

10) Gründung von 35 Betrieben zur Herstellung von Kriegsmaterial in Deutschland.

Allgemein wird im Auslande zugegeben, daß die von der deutschen Regierung eingeleitete Aktion nach dem Zusammenbruch der Kriegsstrafverpflichtungen den energischsten Vorstoß gegen den Versailler Vertrag darstellt. In Deutschland selbst wird neuerdings auch immer lauter die Forderung nach Rückgabe der deutschen Kolonien erhoben, die durch den Weltkrieg verloren gegangen sind.

Die Auffassung in Paris.

Paris, 1. Sept. — In Frankreich ist man über die deutsche Forderung nach Rüstungsgleichheit erbost, aber man läßt sich dadurch nicht aus der Fassung bringen. Uebrigens glaubt man an amtlicher Stelle und in der Presse, daß der deutsche Schritt erfolglos bleiben wird. Man hält es für unwahrscheinlich, daß die französische Regierung die deutsche Forderung offiziell beantworten wird. Premier Edouard Herriot wird vielleicht in einer öffentlichen Rede darauf bezugnehmen und den französischen Standpunkt definieren.

„Die deutsche Erklärung kommt nicht überraschend", sagte der Premier. „Es war bereits bekannt, daß wir sie hier erwarteten. Aber ehe ich meine Ansicht darüber äußere, möchte ich sie etwas gründlicher studieren. Die Sache muß

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Bürgermeister Walker von New York amtsmüde.

New York. — Bürgermeister Walker von New York hat sein Amt niedergelegt. Ob er sich wieder um sein Amt bewerben wird, wie er in seiner Rücktrittserklärung durchblicken ließ, hängt von der Beantwortung dreier Fragen ab:

1. Wird er durch die Tammanay Halle unterstützt werden?
2. Läßt das Gericht eine abermalige Kandidatur zu?
3. Ist sein Gesundheitszustand gut genug, um ihm eine abermalige Kandidatur zu erlauben?

Natürlich spekuliert man auch schon über die Auswirkungen einer abermaligen Kandidatur Walkers auf die Wahlaussichten Gouverneur Roosevelts, der bekanntlich der demokratische Kandidat für das Präsidentenamt ist.

Rückgang der Alkoholeinnahmen Quebecs.

Quebec. — Ministerpräsident Taschereau von Quebec veröffentlichte soeben die Bilanz der Provinz für das mit dem 30. Juni zu Ende gegangene Finanzjahr und wies dabei nach, daß die Einnahmen der Provinz seitens der Alkoholkommission um $1,500,000 zurückgingen.

Diese Einnahmen bilden schon seit längerer Zeit eine der bedeutendsten Einnahmequellen der Provinz, die ein Defizit von $584,708,61 auszugleichen hat. Im Jahre vorher hatte sich der Ueberschuß auf $776,775 belaufen. Die Einnahmen beliefen sich für das ganze Jahr auf $36,9941,029.36 und die Ausgaben auf $37,525,728.97.

Waffenstillstand im Farmerstreik

Trotzdem kam es noch zu Unruhen in den Staaten Iowa und Nebraska.

Des Moines, Ia., 1. September. — Der Farmerstreik in Iowa kam offiziell durch einen Waffenstillstand zum Abschluß. Es scheint jedoch als ob die Streikposten gerade so langsam nach Hause gehen werden, wie sie anfänglich das Postenstehen begannen. Der Streik begann am 8. August und es dauerte beinahe eine Woche, bevor sich die Farmer entschlossen, „Streikbrecher" vom Transport von Farmprodukten abzuhalten. Man nimmt an, daß es auch einige Tage dauern wird, bevor sich sämtliche Streikenden mit dem Waffenstillstand einverstanden erklären.

John Chambers und Milo Reno, die Staats- und Nationalpräsidenten der Farmerjertagsvereinigung, hatten die Countypräsidenten kaum angewiesen, den Streik vorübergehend einzustellen, als alarmierende Nachrichten aus Clinton am Mississippi einliefen, trotzdem der Streik sich vorher hauptsächlich auf Sioux City und Council Bluffs im entgegengesetzten Teil des Staates konzentriert hatte. In Clinton wurden gestern Owen Bunce, Carl Meints und Ernest Reynolds festgenommen und unter die Anklage öffentlichen Aergers gestellt. Als Folge davon machte sich unter den streikenden Farmern der dortigen Gegend große Wut bemerkbar. Sie gaben ihr Streikpostenstehen auf und versammelten sich vor dem Gefängnis, wobei Drohungen ausgestoßen wurden. Die Nachricht vom Abschluß des „Waffenstillstandes" besserte die Lage nicht. „Wir machen uns nichts daraus," riefen die Farmer. „Unsere Genossen müssen frei werden oder wir holen sie selbst heraus."

Nach einer längeren Konferenz erklärte sich der Sheriff schließlich bereit, die Gefangenen gegen eine Bürgschaft von $300 in Freiheit zusetzen. Die Freilassung erfolgte in früher Morgenstunde. Befreier und Befreite zogen inmitten einer gewaltigen Demonstration davon. Freudengeschrei erschallte und Pistolen wurden abgeschossen.

In Nebraska ging die Einstellung des Streikes nicht gerade friedlich und guten Muts von statten. Dort erteilte Staatssheriff Cadres seinen Untergebenen den Befehl, die Landstraßen von Farmstreikern zu säubern, und „die streikenden auf den Kopf zu hauen, wenn sie die Anweisungen nicht befolgen." Hatte doch gab Sheriff McDonald von Omaha bekannt, daß die Zufuhr von Farmprodukten nach Omaha wieder ungestört erfolgen könne. Wenn die Streikenden sich jedoch als gleichgültig bekannten, fanden verschiedene blutige Faustkämpfe statt. Auch wurden Stecken und Büchsenläufe gegen Kollaboratos gewarfen, die sich ihren Weg nach Omaha bahnten. Ein Polizist und zwei Hilfssheriffs zogen sich dabei Verletzungen zu. Jeder Lastkraftwagen wurde von Streikenden bekleidet, und auch Autos der Polizei waren mit Waffen ausgerüstet.

Herbstmesse in Leipzig eröffnet.

Leipzig. — Der Abflug von [illegible] Flugzeugen kündigte die Eröffnung der Herbstmesse an. Kanzler von Papen war durch seine Rede im Mittelpunkt des Erschienenen gestanden. In seiner Eröffnungsrede betonte Reichsminister Dr. Hugenberg, Vorsitzender des Messedirektoriums, daß der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, billigere Lebensmittel für den Heimverbrauch zu erzeugen. Ein voller Sack Brot sei besser als Kanonen, sagte er, und die billigeren Arbeitslosen in Verbindung mit seinem Plan würden Hunderttausenden Arbeitslosen Beschäftigung verschaffen.

Zum ersten Male findet mit der Eröffnung eine landwirtschaftliche Ausstellung statt.

Ungefähr 120,000 Käufer sind erschienen, während die Zahl der Aussteller bis auf 7,000 belaufen, darunter 100 amerikanische Firmen. Mehr als 70 Länder sind vertreten.

Japan sucht Oel in der Mandschurei

Chinesen begründen damit die Eroberungsgelüste der Japaner, deren Handel durch Petroleumeinfuhr geschädigt wird.

Washington. — Chinesische Beamten in Nanking sind der Ansicht, daß Petroleum die japanischen Armeen in die Mandschurei brachte und sie in die Jehol-Provinz zieht.

Sie sagen, daß Erforschungen alter Oelniederlagen, die russische Ingenieure im Dienst der chinesischen Regierung vorgenommen haben, zeigten, daß die Heilungkiang-Provinz, der nordwestliche Teil der Mandschurei, ein reiches Oelgebiet hat, das sich südlich über die Dschehol-Provinz und südwestlich in die Schansi-Provinz erstreckt.

Beamte von Nanking behaupten, daß Oel es war, was die japanischen Armeen bewog, mitten im Winter nördlich nach Tsitsikar zu ziehen und General Ma Tschan-Schans Truppen anzugreifen. Sie fügten hinzu, daß in wenigen Jahren China eines der größten Oel erzeugenden Länder sein würde.

Die Süd-Mandschurei, in der Japans südmandschurische Eisenbahn liegt, hat keine nachgewiesenen Oeldistrikte. Es sind ausgedehnte Oelanlagen vorhanden, die von japanischen Interessen entwickelt wurden. Aber die Oelerzeugung ist durch die Kosten beschränkt, die angesichts der gegenwärtigen niedrigen Preise zu hoch sind.

Japans Oelerzeugung auf der Insel Sachalin war nur gering und diese Quellen sollen jetzt geschlossen worden sein. Kohlenlager in der japanischen Einflußzone in der südlichen Mandschurei bilden die Quelle des Brennstoffes, der von der japanischen Schiffahrt und Industrie verwendet wird, aber die Japaner sind gezwungen, Petroleum einzuführen und dies ist für ihre Handelsbilanz nachteilig.

Die Kansu-Provinz in China, die westlich der Schansi-Provinz liegt und ein hügeliger von Europäern selten besuchter Distrikt ist, soll ebenfalls ausgedehnte Oelablagerungen enthalten. Diese waren die ersten, auf die die Welt vor ungefähr 12 Jahren aufmerksam wurde, als ein Erdbeben ungeheure Umstürze in den Bergen verursachte.

Mädchen vereiteln einen Bankraub.

Springfield, Mo. — Zwei junge weibliche Bankangestellte vereitelten eine Beraubung der Polk County Bank in Bolivar, Mo., durch Banditen, die dann die Flucht ergriffen. Vor Tagesanbruch waren zwei maskierte Räuber durch ein hinteres Fenster in die Bank eingestiegen, überwältigten den Hausmeister und die einige Zeit später eintreffenden drei Beamten, darunter den Präsidenten, während ein vierter Mann einen Schlag auf den Kopf erhielt, weil er nicht schnell genug die Hände hochhielt. Der Geschlagene stieß einen Warnungsruf aus, den die zwei Mädchen beim Eintreten vernahmen. Sie eilten in ein benachbartes Geschäft, von wo aus ein Alarm abgegeben wurde. Inzwischen waren die Banditen bereits in einem Auto losgefahren.

„Fliegende Familie" in Grönland gelandet.

Godhaab, Grönland, 3. September. — Col. George Hutchinson und seine fliegende Familie kamen gestern abend um 10 Uhr in ihrem riesigen Wasserflugzeug hier an. Die Flugmannschaft setzt sich aus 8 Personen zusammen: Hutchinson, seine Gattin, ihre beiden Töchter, ein Navigator, ein Photograph, ein Funker und ein Mechaniker. Sie flogen aus Labrador hierher und wollen nach Angmaksalik, Grönland, weiterfliegen. Dann soll der Flug nach London weitergehen. Wie sie angeben, ging der Ueberwasserflug zwischen Labrador und Grönland ereignislos vonstatten.

Polnischer Pilot Sieger im großen Europa-Rundflug.

Berlin. — Francisce Zwirko, ein polnischer Flieger, gewann den internationalen Europarundflug, der auf dem Tempelhofer Lufthafen begann und mit einem 300 Kilometer-Luftrennen dort endete. Fritz Morzik, der Deutsche, der 1930 und 1931 das Rennen gewann, wurde nur drei Punkte hinter dem Sieger zweiter. Reinhold Poß, ebenfalls Deutscher, wurde dritter.

Sechsundzwanzig der ursprünglichen 41 Teilnehmer beendeten den 7,500 Kilometer-Flug. Italien zog sich wegen mehrerer schweren Unfälle zurück.

Präsident von Meriko zurückgetreten.

Stadt Meriko. — Präsident Pascual Ortiz Rubio der Republik Meriko ist, wie das Ministerium des Innern bekannt gibt, von seinem Amte zurückgetreten. Man nimmt an, daß die Abdankung den Meinungsverschiedenheiten zuzuschreiben ist, die zwischen Rubio und General Plutarco Elia Calles, dem „starken Mann von Meriko", entstanden sind.

Wieder eine Kampfansage an von Papen

Nationalsozialisten opponieren dem Wirtschaftsprogramm des Reichskanzlers.

Berlin. — Die Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialisten traten zu einer Fraktionssitzung zusammen, in der einstimmig beschlossen wurde, dem Wirtschaftsprogramm des Kanzlers von Papen keinerlei Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Reichsboten Hitlerschen Observanz nahmen hauptsächlich an dem Punkt des Wirtschaftsprogramms Anstoß, nachdem es Fabrikanten, welche die Zahl ihrer Arbeiter erhöhen und damit die Summe der von ihnen bezahlten Lohngeldern steigern, erlaubt wird, die Löhne herabzusetzen.

Die Koalitions-Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum sind zum Stillstand gekommen, da die meisten der Zentrumsführer nach Essen gereist sind, um an dem dort stattfindenden Katholikentag teilzunehmen.

„Graf Zeppelin" in Brasilien gelandet.

Pernambuco, Brasilien, 1. September. — Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin" kam heute früh um 4 Uhr 35 Minuten hier an. Damit beendigte es den ersten Herbstflug zwischen Deutschland und Brasilien.

Schmerzen der amerikanischen Farmer

Höhere Preise für Farmprodukte und Herabsetzung der hohen Schutzzölle gefordert.

Sedalia, Mo. — [illegible] Preise für die landwirtschaftlichen Produkte auf den einheimischen Märkten und drastische Gegenmaßnahmen gegen der Hawley-Smoot Zollbill wurden von William Hirth von Columbia, dem Präsident der Missouri Farmervereinigung auf „der hier tagenden Jahresversammlung derselben als ein Mittel, um die gegenwärtige [illegible] zu bekämpfen.

„Die Ursache dafür, die Nation die immense des großen Wirtschaftszusammenbruches verursacht, liegt darin, daß die Massen ihre Kaufkraft verloren haben", sagte Hirth. „Und die unmittelbare Ursache dieser [illegible] liegt darin, daß die Farmer, die 31,000,000 Leute auf ihren Farmen, deren Produkte auf ein solch tiefes Preisniveau gesunken sind, daß die Preise kaum die Transportkosten nach den Vermarktungszentren bezahlen.

„In diesen entsetzlichen Farmerjahren kommen die 20,000,000 oder mehr Verbraucher in kleineren und größeren Städten, die ebenfalls von der Landwirtschaft abhängen. Sie [illegible] mit rund 50,000,000 Personen, die in normalen Zeiten 50 Prozent der verschiedenen Produkte des Landes verbrauchen, und die in der Zeitspanne so verhängnisvoll aus unseren Reihen [illegible] sind.

„Wir sind der Meinung" Meiner Ansicht nach ist die gewaltige Art, [illegible] müssen wir unseren Farmern einen Preis in den einheimischen Märkten sichern, der ihre Unkosten und Steuerbezahlungskraft wiederherstellt. Nicht solange dies nicht geschehen ist, ist jede Hoffnung auf Wiederherstellung normaler Geschäftsverhältnisse völlig aussichtslos.

„Ferner müssen wir die Rückkehr des berüchtigten Hawley-Smoot Zollgesetzes in möglichster Weise beschleunigen, um so die Ketten des Protektionismus nicht nur für unsere Farmer, sondern auch für die Millionen unserer Stadtbevölkerung zu [illegible] und [illegible] die Freundschaft der ausländischen Nationen zurückzugewinnen, um [illegible] zu [illegible] ermöglichen. Wenn [illegible] Konkurrenz der amerikanischen Industrie [illegible] Unterbietung an Weizen, Baumwolle, Schweine und deren Produkte uns einzuhandeln."

Hirth erklärte, Präsident Hoover und „die Interessen, die er vertritt, sind unmittelbar gegen" die zwei Vorschläge, die er gemacht habe. Die Präsidentenwahl im Herbst „bedeute eine Abstimmung zwischen Sonderinteressen, Geldern und den Massen".

Kommunismus versagt auch im Schulwesen

Neuordnung der Unterrichtsmethode in den Schulen Sowjetrußlands.

Moskau. — Vor Eröffnung des neuen Schuljahres am 1. September hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine Verordnung erlassen, die von der kommunistischen Unterrichtstheorie, befolgt seit Beginn der Sowjet-Herrschaft, wesentlich abweicht. Hinfortan sollen die Leistungen einzelner Schüler größere Beachtung finden, und der Gruppenunterricht in Elementar- und Sekundar-Schulen soll abgeschafft werden.

Der Grundsatz „individueller Verantwortung" in der Industrie soll auch im Unterrichtswesen zur Anwendung kommen. Die neue Vorschrift beseitigt das Unterrichtssystem des sogenannten Helen Parkhurst Planes der amerikanischen Pädagogin, nach welchem Schüler in „Unterrichts-Brigaden" ohne Erreichung ihrer Fähigkeiten und ohne Prüfungen ihre Ausbildung erhielten. Das Zentralkomitee gab von der Auffassung aus, daß die Leistungen der mehr begabten Schüler dazu beitragen würden, den Bildungsgrad der Rückständigen in der Klasse zu erhöhen. Die bisherige Methode, nach welcher die Schüler Selbstdisziplin üben sollen, überläßt dem Lehrer eigentlich nur noch die Rolle eines Schreibers und führt zu einem ausgedehnten Austausch von Prüfungsarbeiten unter den Schülern.

Die neue Verordnung betont nun die Wichtigkeit des gemeinsamen Unterrichts, doch wird zum ersten Male eine Berücksichtigung der Einzelleistungen eingeführt. Zugleich werden Schulinspektoren vorgeschrieben, sowie die Autorität der Lehrer und ihre Verteilung in der Klassenarbeit erhöht.

Cholera in Schensi bringt großes Sterben.

Hankau, China. — Die Cholera-Epidemie in der Provinz Schensi hat bis zum 15. August 35,000 Todesopfer gefordert, meldet ein Bericht der Provinzregierung aus der Hauptstadt Sianfu.